



**Europäisches Medienrecht –  
der NEWSLETTER**

*Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel*

**Ausgabe 7-8/2015  
11. Jahrgang**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

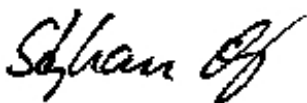
mit der vorliegenden Sommer-Ausgabe des Newsletters wollen wir Ihnen, den Mitgliedern, Förderern und Partnern des EMR einen kurzen Überblick über relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen.

Auf folgende Inhalte der aktuellen Ausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

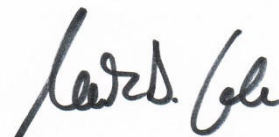
- das Urteil des **EGMR** zur Verletzung von **Art. 10 EMRK** durch die Verurteilung eines **rumänischen Satirikers**;
- das Urteil des **BGH** zur **GEMA-Pflichtigkeit** von **Zahnärzten**;
- das Urteil des **Österreichischen VwGH** zur **Rundfunkgebührenpflicht** bei reinem **Streaming**;
- die Entscheidung der Bulgarischen Medienaufsicht über die **Verbreitung** von **privaten Programmen** über **öffentlich-rechtliche Plattformen**;
- die **Umsetzung** der **EU-Richtlinie** zur zulässigen Nutzung **verwaister Werke** in **Rumänien**;
- den Beginn der **Versteigerungen** zur **Privatisierung staatlicher Medien** in **Serbien**.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre der ausgewählten Beiträge.

Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory  
(Direktor)



Prof. Dr. Mark D. Cole  
(Wissenschaftlicher Direktor)



Peter Matzneller, LL.M. Eur.  
(Geschäftsführer)

**Inhalt:**

<b>COE: DIE VERURTEILUNG EINES RUMÄNISCHEN SATIRIKERS STELLT EINE VERLETZUNG VON ART 10 EMRK DAR.....</b>	<b>4</b>
<b>DE: BGH VERNEINT DIE GEMA-PFLICHTIGKEIT VON ZAHNÄRZTEN.....</b>	<b>5</b>
<b>DE: ALTKANZLER KOHL KANN HERAUSGABE VON TONBÄNDERN VON EINEM JOURNALISTEN VERLANGEN .....</b>	<b>6</b>
<b>DE: SCHLAGZEILEN IN ZEITUNGEN SIND NICHT ISOLIERT AUSZULEGEN.....</b>	<b>7</b>
<b>DE: GRUNDLEGENDE ENTSCHEIDUNGEN DER ZAK ZUR PLATTFORMREGULIERUNG.....</b>	<b>8</b>
<b>AT: KOMMAUSTRIA BILLIGT RECHTEKAUF DES ORF FÜR DIE FUBBALL-CHAMPIONS-LEAGUE.....</b>	<b>10</b>
<b>AT: ÖSTERREICHISCHER VWGH VERNEINT RUNDfunkGEBÜHRENpFLICHT BEI REINEM STREAMING .....</b>	<b>11</b>
<b>BG: OPINION OF THE MEDIA AUTHORITY ON THE TELEVISION ADVERTISING WHICH RELIES ON DIRECT AND NATURALISTIC SUGGESTIONS .....</b>	<b>12</b>
<b>BG: DIE BULGARISCHE MEDIENAUFsICHT ENTSCHEIDET ÜBER DIE VERBREITUNG VON PRIVATEN PROGRAMMEN ÜBER ÖFFENTLICH-RECHTLICHE PLATTFORMEN.....</b>	<b>13</b>
<b>HR: RULES ON CEDING UNUTILISED EXCLUSIVE RIGHTS .....</b>	<b>15</b>
<b>RO: LEGAL PROVISIONS ON THE STATUTE OF ORPHAN WORKS.....</b>	<b>16</b>
<b>RO: MODIFICATION OF THE CONDITIONS FOR ISSUING AND AMENDING THE RETRANSMISSION NOTIFICATION .....</b>	<b>17</b>
<b>RO: MODIFICATION OF THE PUBLIC AUDIOVISUAL SERVICES LAW .....</b>	<b>18</b>
<b>RO: MODIFICATIONS OF THE AUDIOVISUAL LAW .....</b>	<b>19</b>
<b>RS: PRIVATIZATION OF REMAINED PUBLICLY OWNED MEDIA .....</b>	<b>21</b>

## **CoE: Die Verurteilung eines rumänischen Satirikers stellt eine Verletzung von Art 10 EMRK dar**

Mit Urteil vom 7. Juli 2015 (Beschw.-Nr. 25217/06) hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall *Morar v. Rumänien* entschieden, dass die Verurteilung wegen Verleumdung eines rumänischen Journalisten eine Verletzung seiner Rechte aus Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) darstellt.

Der Beschwerdeführer hat im Zusammenhang mit dem rumänischen Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2004 mehrere Artikel über den politischen Berater eines Präsidentschaftskandidaten in einem wöchentlichen Satiremagazin veröffentlicht. In diesen Artikeln stellte der Beschwerdeführer den politischen Berater als Spion dar, der zudem Geldwäsche betreibt.

Der politische Berater zeigte den Journalisten wegen Verleumdung an und verlangte Schadenersatz. Die Vorinstanz wies die Klage ab. Die Berufung gegen das abweisende Urteil war jedoch erfolgreich. Das rumänische Bezirksgericht verurteilte den Journalisten wegen bedingt vorsätzlicher Verleumdung zur Zahlung eines Bußgelds und zur Zahlung von Schadensersatz an den Kläger. Der Journalist sah in seiner Verurteilung eine Verletzung seines in Art. 10 EMRK geschützten Rechts auf freie Meinungsäußerung und wandte sich an den EGMR.

Das Gericht entschied, dass die Verurteilung des Beschwerdeführers eine Verletzung von Art. 10 EMRK darstellt. Die Möglichkeit der Verurteilung sei zwar grundsätzlich gegeben und der Eingriff in die Meinungsfreiheit des Journalisten sei auch aus einem legitimen Grund, nämlich dem „Schutz der Privatsphäre eines anderen“ erfolgt. Jedoch sei die Verurteilung unverhältnismäßig und damit „in einer demokratischen Gesellschaft nicht notwendig“ gewesen.

Der EGMR stufte den Beschwerdegegner aufgrund seiner Tätigkeit als politischer Berater eines Präsidentschaftskandidaten als Person des öffentlichen Lebens ein. Zudem seien die Artikel des Beschwerdeführers im charakteristischen Stil der Satire gehalten. Die Veröffentlichungen hätten sich zwar einer unangemessenen Sprache bedient, bewegten sich aber aus den vorgenannten Gründen in den Grenzen zulässiger Übertreibung und Provokation.

Das Urteil des EGMR vom 07.07.2015 – Beschw.-Nr. 25217/06 ist in französischer Sprache abrufbar unter:

**<http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-155808#%20itemid%22:%20001-155808%22>**

*Ass. iur. Gianna Iacino, LL.M.*

## **DE: BGH verneint die GEMA-Pflichtigkeit von Zahnärzten**

Mit Urteil vom 18. Juni 2015 hat der BGH die GEMA-Pflichtigkeit für das Abspielen von Hintergrundmusik in ärztlichen Wartezimmern verneint (I ZR 14/14). Das Abspielen der Musik stelle keine öffentliche Wiedergabe im Sinne von § 15 Abs. 3 UrhG dar und sei somit nicht vergütungspflichtig.

Der beklagte Zahnarzt hatte einen Lizenzvertrag mit der GEMA für das Abspielen von Radiosendungen im Wartezimmer seiner Praxis abgeschlossen. Im Dezember 2012 erklärte der Zahnarzt die fristlose Kündigung des Lizenzvertrages. Die Zahlung der GEMA-Gebühr stellte er bereits einige Monate zuvor – im Juni desselben Jahres – ein. Der Beklagte stützte die fristlose Kündigung des Lizenzvertrages auf das U. des EuGH v. 15.03.2012 – Rs. C-135/10, in welchem der EuGH feststellte, dass die Wiedergabe von Hintergrundmusik in Wartezimmern von Zahnarztpraxen keine öffentliche Wiedergabe darstelle und somit nicht vergütungspflichtig sei (Becklink 1019302).

Die GEMA erhob Klage auf Zahlung der Lizenzgebühr für den Zeitraum von Juni 2012 bis Ende Mai 2013. Die Vorinstanzen gaben der Klage teilweise statt und verurteilten den Beklagten zur Zahlung der Lizenzgebühr für den Zeitraum von Juni 2012 bis Dezember 2012, dem Zeitpunkt der fristlosen Kündigung. Einen darüber hinausgehenden Anspruch auf Zahlung der Lizenzgebühr für den Zeitraum nach Erklärung der fristlosen Kündigung durch den Beklagten habe die Klägerin nicht, da der Lizenzvertrag durch die Kündigung beendet worden sei.

Die Revision der Klägerin zum BGH hatte keinen Erfolg. Der BGH bestätigte, dass der Lizenzvertrag durch die Kündigung des Beklagten beendet und somit ein weitergehender Anspruch auf Zahlung der Lizenzgebühr nicht gegeben sei. Die fristlose Kündigung des Lizenzvertrages sei dem Beklagten aufgrund des Wegfalls der Geschäftsgrundlage möglich gewesen. Die Geschäftsgrundlage des Lizenzvertrages sei die Annahme der Parteien gewesen, dass eine Vergütungspflicht aufgrund der öffentlichen Wiedergabe der Radiosendungen besteht. Laut dem o.g. Urteil des EuGH setze eine öffentliche Wiedergabe im Sinne von Art. 3 Abs. 1 der Urheberrechtsrichtlinie (2001/29/EG) und Art. 8 Abs. 2 Satz 1 der Vermiet- und Verleihrichtlinie (2006/115/EG) allerdings eine unbestimmte Zahl potentieller Adressaten voraus und diese sei im Wartezimmer einer Zahnarztpraxis nicht gegeben.

Die fristlose Kündigung sei dem Beklagten also möglich gewesen, da durch das Urteil des EuGH und der Pflicht des BGH zur richtlinienkonformen Auslegung deutschen Rechts die Wiedergabe von Musik in Wartezimmern keine öffentliche Wiedergabe im Sinne von § 15 Abs. 3 UrhG mehr darstelle, womit auch die Vergütungspflicht und somit die Geschäftsgrundlage des Lizenzvertrages entfallen sei.

Die Pressemitteilung des BGH vom 18.06.2015 ist abrufbar unter:

**<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2015&Sort=3&nr=71368&pos=0&anz=102>**

*Ass. iur. Gianna Iacino, LL.M.*

## **DE: Altkanzler Kohl kann Herausgabe von Tonbändern von einem Journalisten verlangen**

Der ehemalige Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl kann von einem Journalisten die Herausgabe der Tonbänder verlangen, die der Journalist zur Anfertigung der Memoiren des Politikers aufgenommen hatte. Das hat der BGH in einem aktuellen Urteil vom 10. Juli 2015 (V ZR 206/14) entschieden.

Die Parteien hatten sich in den Jahren 2001 und 2002 an über 100 Tagen im Wohnhaus des Politikers zu Gesprächen getroffen. Der Journalist hatte Kohls Erinnerungen dabei auf Tonband aufgezeichnet. Grundlage für die Treffen waren jeweils eigenständige, aber aufeinander abgestimmte Verträge der Beteiligten mit dem Verlag, der das Buch veröffentlichen wollte. Kohl hatte dem Journalisten von seinem gesamten Leben berichtet. Der Journalist hatte die Tonbänder dann mit nach Hause genommen, ohne dass der Politiker sie nochmals hätte hören können. Später überwarfen sich die Parteien. Kohl kündigte die Zusammenarbeit, der Journalist erhielt eine Abfindung vom Verlag, und Kohl verlangte die Herausgabe der Tonbandaufnahmen.

Schon das OLG Köln hatte Kohl Recht gegeben (Urteil vom 01.08.2014 – 6 U 20/14 – BeckRS 2014, 15344). Der BGH entschied, dass Kohl zwar nicht, wie die Richter des Oberlandesgerichts noch meinten, durch „Verarbeitung“ im Sinne der Vorschrift § 950 BGB Eigentümer der Tonbänder geworden sei. Zwischen den Parteien sei jedoch ein Auftragsverhältnis entstanden. So hätten die Parteien auch konkludent eine rechtlich bindende Vereinbarung über das Material getroffen. Der Altkanzler sei der Auftraggeber gewesen und allein ihm stünde nach den Verlagsverträgen das Recht zu, über den Inhalt der Memoiren zu entscheiden. Nachdem Kohl die Zusammenarbeit gekündigt und damit den Auftrag widerrufen hatte, hätte der Journalist ihm gemäß § 667 BGB die Tonbänder aushändigen müssen. Diese Vorschrift besagt, dass der Beauftragte verpflichtet ist, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Der BGH führte aus, dass dabei die Eigentumsverhältnisse an dem Tonmaterial keine Rolle spielen. Wer einen Auftrag erhalte, habe auch die Interessen des Auftraggebers zu achten. Die Richter betonten, der Beauftragte sollte aus der Umsetzung der ihm übertragenen Aufgabe keine Vorteile erlangen, die letztlich dem Auftraggeber gebührten. Dann aber sei es nur konsequent, eingesetzte Hilfsmittel – wie hier die Tonbänder – nach Ende des Auftrags dem Auftraggeber auszuhändigen, wenn das Erlangte nicht anders herausgegeben werden kann.

Die Pressemitteilung des Bundesgerichtshof vom 10.07.2015 ist abrufbar unter:

**<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&nr=71637&linkd=pm>**

*Ass. iur. Ingo Beckendorf*

## **DE: Schlagzeilen in Zeitungen sind nicht isoliert auszulegen**

Bei der Auslegung der Überschrift eines Artikels in einer Zeitung ist diese in der Regel nicht isoliert zu betrachten. Vielmehr kommt es auch auf den im restlichen Artikel dargestellten Sachverhalt an. Das hat das Hanseatische Oberlandesgericht durch Urteil vom 23. Juni 2015 (Az.: 7 U 73/12, noch nicht im Volltext verfügbar) verkündet.

Der streitgegenständliche Artikel war 2011 in einer Wirtschaftszeitung und in ihrer Online-Ausgabe erschienen. Die Schlagzeile lautete „Razzia bei xy (anonymisiert) wegen Steuer-Delikten“. Tatsächlich fanden die Durchsuchungen nicht bei dem in der Schlagzeile Genannten statt, sondern in einer Tochterfirma seines Konzerns. Die Zeitung korrigierte den Sachverhalt am Folgetag. Diese Korrektur des Sachverhalts genügte dem Betroffenen allerdings nicht, er fühlte sich durch die Schlagzeile in seinen Persönlichkeitsrechten schwer verletzt und darüber hinaus auch wirtschaftlich geschädigt. Er erhob Klage auf Unterlassung, Widerruf und Schadenersatz beim Landgericht Hamburg (Az.: 324 O 636/11), mit der Auffassung, die Überschrift sei isoliert auszulegen. Als Argument führte er an, die Schlagzeile weise einen eigenständigen Aussagegehalt auf und werde unabhängig vom Rest des Artikels wahrgenommen.

Dieser Ansicht folgten weder die erste Instanz noch die Richter des Oberlandesgerichts. Sie argumentierten, Artikelüberschriften enthielten keine in sich abgeschlossenen und aus sich heraus interpretierbaren Tatsachenbehauptungen. Vielmehr dienten Schlagzeilen der mehr oder weniger plakativen Hinlenkung des Leserinteresses auf die im Haupttext folgende Detaildarstellung des Sachverhalts. Deshalb könnten solche Überschriften weder als selbstständige, noch als rechtlich selbstständig zu wertende Sachaussagen angesehen werden. Für die Gliederung und die so deutlich lesbare Aufmachung eines Zeitungsartikels sei die Schlagzeile von erheblicher Bedeutung für die Printmedien, insoweit sei auch die Pressefreiheit zu berücksichtigen. Die Überschrift sei eine besonders hervorgehobene Zusammenfassung und dürfe deshalb auch nicht ohne Einbeziehung des ihr nachfolgenden Textes gewertet werden.

Ein anderes Ergebnis sei nur dann denkbar, wenn die Schlagzeile auf der Titelseite eines Magazins als eigenständige Tatsachenbehauptung Wirkung entfalte. Ausnahmen vom Verbot der isolierten Betrachtung seien auch dann möglich, wenn die Überschrift im Widerspruch zum Text stünde, keinen Zusammenhang zum nachfolgenden Text aufweise oder sonst eine in sich geschlossene Aussage mitteile.

All dies sei hier jedoch nicht der Fall gewesen, so die Oberlandesrichter. Der verständige Leser erfahre aus der Überschrift nur, dass der Kläger von der Razzia betroffen sei. Offen bleibe hingegen, an welchem Ort die Untersuchung stattgefunden habe – ob etwa in seinem Privathaus oder in einem ihm zuzurechnenden Unternehmen. Dies ergebe sich konkret erst aus den Unterüberschriften, den Zwischenzeilen und dem Fließtext.

Daher hat das Oberlandesgericht die Klage abgewiesen und eine Revision nicht zugelassen. Über die Nichtzulassungsbeschwerde des Klägers hat der BGH noch nicht entschieden.

*Ass. iur. Ingo Beckendorf*

## **DE: Grundlegende Entscheidungen der ZAK zur Plattformregulierung**

In ihrer 69. Sitzung in Saarbrücken am 23. Juni 2015 hat sich die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) mit einigen grundlegenden Fragen der Plattformintegrität befasst.

Unter anderem wurde hervorgehoben, dass der sog. Red-Button oder auch das HbbTV-Signal nicht von den Plattformanbietern übertragen werden muss, da dieses Signal nicht als Teil des Programmsignals anzusehen sei. Die Funktion des HbbTV-Signals ist die Aktivierung des sog. Red-Button, mit dessen Hilfe der Zuschauer über seine Fernbedienung an Abstimmungen teilnehmen oder weiterführende Angebote der Sender auswählen kann.

Diesem Beschluss lag ein von der ARD angestoßenes Beschwerdeverfahren zu Grunde, in welchem die ARD gegen das Ausfiltern des HbbTV-Signals durch die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH (KDG) Beschwerde einlegte, da dies nach Ansicht der ARD einen Verstoß gegen das Gebot der Signalintegrität nach § 52a Abs. 3 des Rundfunkstaatsvertrages (RStV) darstellt. Die ZAK führte hierzu jedoch aus, dass der Begriff „Programm“ in § 52a Abs. 3 Satz 1 RStV nur das Rundfunkprogramm selbst umfasse, nicht aber weitere, das Programm lediglich begleitende Dienste. Weiterhin wurde erörtert, dass eine Modifikation der Programmsignale zum Zwecke der Anpassung an den jeweiligen Plattformstandard möglich sein müsse. Zudem könne nicht festgestellt werden, dass es dabei zu einer Veränderung des Programms gekommen sei. Auch könne nicht von einer Ungleichbehandlung im Vergleich zu privaten Anbietern ausgegangen werden, da einer Verbreitung dieser Programme in einer besseren Qualität eine vertragliche Vereinbarung mit der KDG zugrunde läge.

Weiterer Sitzungspunkt der ZAK war die Frage, ob der Startbildschirm von Sky-Boxen eine unbillige Behinderung anderer Rundfunkangebote darstellt. Sky hat eine Veränderung der Benutzeroberfläche dergestalt vorgenommen, dass beim Start der Box ein sog. Home Screen angezeigt wird. Dieser gibt einen Überblick über die Sky-Angebote, welche direkt eingeschaltet werden können. Die übrigen Rundfunkprogramme können erst durch Auswahl eines entsprechenden Knopfes auf der Fernbedienung angewählt werden. Der Nutzer hat jedoch die freie Wahl, ob er dauerhaft zur „alten“ Konfiguration ohne den Home Screen zurückwechseln möchte (Opt out).

Durch diese Konfiguration wird der Zuschauer erst in zweiter Linie auf das gesamte Rundfunkangebot gelenkt, was eine faktische Ungleichbehandlung zwischen den Sky- und den übrigen Rundfunkangeboten begründet. Die ZAK hat jedoch aufgrund der konkreten Ausgestaltung keinen Verstoß gegen das Gebot der chancengleichen und diskriminierungsfreien Ausgestaltung von Benutzeroberflächen als begründet angesehen. Zu diesem Ergebnis gelangte sie entscheidend aufgrund der Tatsache, dass der Zuschauer die neue Benutzeroberfläche durch eine Änderung der Voreinstellungen vergleichsweise einfach selbst modifizieren kann. Weiterhin blieben alle Rundfunkangebote erreichbar. Auch der erforderliche Zwischenschritt um zu den anderen Rundfunkangeboten zu gelangen, sei dabei nicht als so gravierend anzusehen, dass es dadurch zu einer unbilligen Behinderung der anderen Angebote komme. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Sky-Abonnenten für die Sky-Angebote bezahlen und damit der Erfahrung nach diese auch primär nutzen und auffinden wollen.

Weiterhin wurde bei der Sitzung festgestellt, dass das aktuelle Einspeiseentgeltmodell der Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH (KDG) nicht den Grundsatz der Chancengleichheit wahrt, da dieses lediglich für marktstarke Anbieter ökonomisch sinnvoll sei und kleine und neue Anbieter unbillig behindert. Dies stehe einer rundfunkrechtlichen Vielfalt im Wege, weshalb die KDG zur Nachbesserung ihres Einspeise Modells aufgefordert wurde, um die Ungleichbehandlung zu beseitigen.



Die Pressemitteilung der ZAK vom 24.06.2015 zur Übertragung des HbbTV-Signals und zur Frage der Verletzung des Prinzips der Chancengleichheit des Home Screen der Sky-Boxen ist abrufbar unter:

**[http://www.die-medienanstalten.de/index.php?id=619&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=1204&cHash=777022d0c29b8f7636a756aa1d84cfaa](http://www.die-medienanstalten.de/index.php?id=619&tx_ttnews[tt_news]=1204&cHash=777022d0c29b8f7636a756aa1d84cfaa)**

Die Pressemitteilung der ZAK vom 24.06.2015 zum Entgeltmodell der KDG ist abrufbar unter:

**[http://www.die-medienanstalten.de/index.php?id=619&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=1206&cHash=de1b30890077facb6a4bf56603cea27f](http://www.die-medienanstalten.de/index.php?id=619&tx_ttnews[tt_news]=1206&cHash=de1b30890077facb6a4bf56603cea27f)**

*Katrin Welker*

## **AT: KommAustria billigt Rechtekauf des ORF für die Fußball-Champions-League**

Mit Bescheid vom 24. Juni 2015 (KOA 10.300/15-028) hat die österreichische Rundfunkaufsichtsbehörde KommAustria entschieden, dass der öffentlich-rechtliche Österreichische Rundfunk (ORF) die Übertragungsrechte für die UEFA Champions League für die drei anstehenden Saisons nicht zu überhöhten Preisen erworben hat.

Ausgangspunkt war eine Beschwerde des österreichischen Privatsenders Puls 4, der dem ORF einen Verstoß gegen § 31c Abs. 1 des ORF-Gesetzes vorgeworfen hatte. Die Bestimmung verbietet es dem öffentlich-rechtlichen Programmveranstalter, sein Programmgeld dafür zu verwenden, Senderechte in wettbewerbsverzerrender Weise zu übersteigerten und nach kaufmännischen Grundsätzen nicht gerechtfertigten Preisen zu erwerben. Nach Behördenangaben ging es in dem Verfahren im Wesentlichen um die Feststellung, welcher Preis unter Beachtung der gesetzlichen Vorgabe für die Champions League-Rechte als angemessen zu betrachten ist. In diesem Sinne war zu ermitteln, ob der ORF den Preis auch dann hätte bezahlen können, wenn er nicht auf Mittel aus dem Programmgeld hätte zurückgreifen können.

Durch eine vertrauliche Befragung ermittelte die KommAustria sowohl den Rahmen der abgegebenen Gebote aus dem österreichischen Markt für die UEFA-Rechte als auch den Preis, für welchen der ORF den Zuschlag erhalten hatte. Anhand dieser Werte erbrachte die RTR-GmbH in einem Amtsgutachten für die KommAustria den Nachweis, dass sich der ORF durch seine Beteiligung an der Versteigerung der UEFA-Rechte nicht wettbewerbsverzerrend verhalten hat. Dazu rechnete die RTR GmbH den ORF in einer Wirtschaftssimulation zu einem Privatsender ohne Einnahmen aus dem Programmgeld um und berechnete unter dieser Voraussetzung sowohl die im Umfeld der Champions League-Übertragungen realistisch zu erzielenden Werbeeinnahmen, als auch den Wert strategischer Effekte wie Zuschauerbindung und Imagegewinn.

Aufbauend auf diesem Gutachten hat die KommAustria schließlich festgestellt, dass der Erwerb der UEFA Champions League-Rechte zu dem tatsächlich gezahlten Preis für den ORF auch ohne Einkünfte aus dem Programmgeld leistbar und dementsprechend unter kaufmännischen Kriterien gerechtfertigt war. Eine Verletzung des ORF-Gesetzes liegt daher nicht vor.

Die Entscheidung der KommAustria ist noch nicht rechtskräftig.

Der Bescheid der KommAustria vom 24.6.2015 ist abrufbar unter:

**[https://www.rtr.at/uploads/media/33631\\_KOA%2010.300\\_15-028%20anonymisiert.pdf](https://www.rtr.at/uploads/media/33631_KOA%2010.300_15-028%20anonymisiert.pdf)**

*Peter Matzneller, LL.M. Eur.*

## **AT: Österreichischer VwGH verneint Rundfunkgebührenpflicht bei reinem Streaming**

Mit mittlerweile im Volltext vorliegendem Urteil vom 30. Juni 2015 hat der österreichische Verwaltungsgerichtshof (Zl. Ro 2015/15/0015) entschieden, dass Notebooks, die lediglich aus dem Internet gestreamte Inhalte empfangen können, keine Rundfunkempfangseinrichtungen sind und somit keine Rundfunkgebührenpflicht auslösen.

Der historische Gesetzgeber habe mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 10.7.1974 über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks (BVG-Rundfunk) elektronische Darbietungen über das Internet nicht erfassen wollen. Dies ergebe sich aus einer teleologischen Reduktion von Art. I Abs. 1 BVG-Rundfunk: Gemäß § 2 Z 16 des Audiovisuellen Mediendienste-Gesetzes (AMD-G) umfasse ein Fernsehprogramm nicht nur audiovisuelle Rundfunkprogramme im Sinne des BVG-Rundfunk, sondern auch andere über elektronische Kommunikationsnetze verbreitete audiovisuelle Mediendienste, die für den zeitgleichen Empfang bereitgestellt würden. Nach Ansicht des VwGH wäre diese (zusätzliche) Regelung überflüssig, würde man annehmen, dass auch über elektronische Kommunikationsnetze verbreitete audiovisuelle Mediendienste (mit zeitgleichem Empfang) dem Begriff des Rundfunks im Sinne des BVG-Rundfunk entsprechen. Es sei aber im Allgemeinen nicht anzunehmen, dass der Gesetzgeber Überflüssiges regelt.

„Live-Streaming“ falle daher zwar unter den Begriff „Fernsehprogramm“ im Sinne der AVMD-Richtlinie 2010/13/EU und ebenso unter den Begriff „Fernsehprogramm“ im Sinne des § 1a Z 2 ORF-Gesetz, dennoch erfülle es nicht den Begriff des „Rundfunks“ im Sinne des BVG-Rundfunk.

Rundfunkempfangseinrichtungen seien somit lediglich jene Geräte, die „Rundfunktechnologien“ verwenden, also Antenne, Kabelnetze oder Satellit. Dasselbe gelte für Computer, über die z.B. mittels einer TV- oder Radio-Karte oder eines DVB-T-Moduls Rundfunkprogramme empfangen werden können. Verfüge ein Computer aber lediglich über einen Internetanschluss ohne Rundfunktechnologie sei er kein Rundfunkempfangsgerät. Ein Nutzer eines solches Geräts sei kein Rundfunkteilnehmer und daher nicht verpflichtet, Rundfunkgebühren zu entrichten.

Das Urteil des österreichischen VwGH vom 30.6.2015 ist hier abrufbar.

**[https://www.vwgh.gv.at/medien/ro\\_2015150015.pdf?4zdiv7](https://www.vwgh.gv.at/medien/ro_2015150015.pdf?4zdiv7)**

*Peter Matzneller, LL.M. Eur.*

**BG: Opinion of the Media Authority on the television advertising which relies on direct and naturalistic suggestions**

On 20 July 2015, the Council for Electronic Media (CEM) reminded its position of March 2014 against television advertising which relies on direct and naturalistic suggestions.

At its regular meeting on 25 March 2015 the Council for Electronic Media discussed the psychological effects on the audience by television advertising of products intended to solve physiological and hygienic problems (like sanitary napkins, cleaning products, antifungal, anti-cystitis, anti-prostatitis, anti-dandruff, anti-diarrhoea medicinal products, etc.) relying on direct and naturalistic suggestions.

Discussions arose in Bulgaria due to the broadcasting of such television advertisements at improper times. Many letters, signals and complaints reached the Media Authority by viewers who harshly object to the media planning of such advertisements at times when the Bulgarian family traditionally has its dinner.

Before positioning itself, CEM took into account the significant role of advertising for the media, but it accepted that the advertising messages created discomfort and differed from the expectations of the audience. Therefore, CEM's position on the subject was unlikely to be in favour of the media. According to CEM, the consumers of television content need additional protection from advertising which relies on direct and naturalistic suggestions.

However, such protection cannot come through regulation, since it is not provided for in the Radio and Television Act. Stronger consumer protection can only be provided through self-regulation.

Становище на Съвета за електронни медии относно телевизионната реклама, залагаща на директни и натуралистични внушения (The Opinion of CEM) is available in Bulgarian language at:

**<http://www.cem.bg/displaynewsbg/341>**

*Rayna Nikolova, New Bulgarian University*

## **BG: Die bulgarische Medienaufsicht entscheidet über die Verbreitung von privaten Programmen über öffentlich-rechtliche Plattformen**

Am 30 Juli 2015 hat die bulgarische Medienaufsicht, der Rat für elektronische Medien (CEM), entschieden, dass der Vertrag zwischen dem Generaldirektor des öffentlich-rechtlichen Hörfunkveranstalters BNR und der Anbieterin privater Rundfunkprogramme „Web Radio und TV OOD“ über die Verbreitung von fünf ihrer Hörfunkprogramme über den Internetauftritt des BNR gegen bulgarisches Recht verstößt. Diese Entscheidung wird künftig auch eine wichtige Rolle in Bezug auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen spielen, weil sich die relevanten Vorschriften gleichermaßen auch auf das Bulgarische National Fernsehen (BNT) beziehen.

Das Bulgarische National Radio (BNR) startete am 17 Juli 2015 eine neue Livestreaming-Plattform auf seiner Internetseite, über die man die 17 öffentlich-rechtlichen Programme des BNR und noch fünf weitere private Programme weltweit hören kann. Laut der Pressemitteilung des BNR ist es das erste Mal, dass in Bulgarien über eine Internet-Plattform ein derart vielfältiges Angebot an Programmen verbreitet wird. Über den Link "Слушай БНР" („Hör BNR“) auf der Internetseite des öffentlich-rechtlichen Anbieters ([www.bnr.bg](http://www.bnr.bg)) sind die drei nationalen BNR-Programme „Horizont“, „Hristo Botev“ und „Bulgaria“, sowie weitere acht regionale BNR-Programme zu hören, die auch terrestrisch verbreitet werden. Desweiteren findet man hier sechs Musikspartenprogramme aus dem Internetangebot des BNR (Indi, Duende, Punk Jazz, Folklor, BG Pop, Klassika), sowie die fünf Hörfunkprogramme der privaten Anbieterin „Web Radio und TV OOD“: Digital Radio Smooth, Digital Radio Rock, Digital Radio Pop, Digital Radio DJ und Digital Radio Hip-Hop.

Mit dem Vertrag zwischen dem BNR und „Web Radio und TV OOD“ hat sich CEM während zwei Sitzungen befasst und entschieden, dass der Vertrag nicht mit Artikel 46 und Artikel 47 des bulgarischen Rundfunkgesetzes (RFG) vereinbar ist. Laut Artikel 46 (2) des bulgarischen Rundfunkgesetzes (RFG) können BNR und BNT Verträge über die „Lieferung, Weiterverbreitung und den Austausch von Sendungen und Programmen“ mit anderen Mediendiensteanbietern abschließen. Daneben können BNR und BNT laut Artikel 47 (1) RFG selbstverständlich weiterhin Programme und Sendungen allein oder durch die Beauftragung von unabhängigen Produzenten herstellen oder sich an Gemeinschaftsproduktionen beteiligen. Zum einen mangelt es laut CEM gemäß Artikel 62 Nr. 2 und 3 RFG an der Zustimmung des BNR-Verwaltungsrates zum Vertrag mit der „Web Radio und TV OOD“. Die Zustimmung sei nachzuholen. Außerdem, wie in vergleichbar gewichtigen Fällen, müsse hierzu eine detaillierte, klare und erschöpfende Begründung erfolgen, in der unter anderem dargelegt wird, warum der Inhalt und die Art und Weise seiner Präsentation nicht vom öffentlich-rechtlichen Anbieter selbst mit eigenen technischen, personellen und urheberrechtlichen Ressourcen erfolgen könne. Zum anderen bedürfe es einer Darstellung der Auswahlkriterien für ein privates Partnerunternehmen, sowie der Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der „redaktionellen Unabhängigkeit“ und der „Ex-post-Kontrolle“.

Weiterhin fordert CEM vom BNR, dass er seine internen Regeln über die Teilnahme an Gemeinschaftsproduktionen und Sendungen mit unabhängigen Produzenten, beschlossen auf Grund des Artikels 47 Nr. 4 RFG, aktualisiert und erweitert. Insbesondere seien Regelungen vorzusehen, die die Anforderungen an die „redaktionelle Unabhängigkeit“ und die „Ex-post-Kontrolle“ gewährleisten. Darüber hinaus müsse sichergestellt sein, dass der öffentlich-rechtliche Anbieter nicht zur Etablierung oder werblichen Stärkung der Marke des privaten Anbieters missbraucht wird. Schließlich soll das BNR Regelungen zur Digitalisierung der Tonaufnahmen und des sonstigen kulturellen Erbes des BNR zum Schutze des nationalen kulturellen Gedächtnisses etablieren.

Die Entscheidung des Rates für elektronische Medien Nr. RD-05-105 vom 30. Juli 2015 (РЕШЕНИЕ РД-05-105 на Съвета за електронни медии от 30 юли 2015) ist in Bulgarischer Sprache abrufbar unter:

**<http://www.cem.bg/actbg/5107>**

Die Pressemitteilung „BNR Player startet mit 22 Programme“ vom 17. Juli 2015 (Съобщение за печата: БНР Player стартира с 22 програми от 17 юли 2015) ist in Bulgarischer Sprache abrufbar unter:

**<http://bnr.bg/post/100581281/bnr-player-startira-s-22-programi>**

*Evgeniya Scherer, Rechtsanwältin und Dozentin, Bulgarien/Deutschland*

## **HR: Rules on ceding unutilised exclusive rights**

After concluding consultations with stakeholders and the interested public the Council for Electronic Media has adopted rules on ceding unutilised exclusive rights. The rules stipulate the procedure for ceding unutilised exclusive rights in the event of the procurement of audio and audiovisual content of a higher value on the basis of exclusive rights, and in the event of the procurement of premium sports events referred to in article 9 paragraph 2 and 3 of the Croatian Radio-Television Act.

The rules apply to the ceding of unutilised exclusive when the possibility of such ceding is stipulated by an agreement on the acquisition of exclusive rights for the exploitation of audio and audiovisual content of a higher value and/or premium sports events, or as stipulated by the law. Unutilised exclusive rights imply those rights based upon which Croatian Radiotelevision has not broadcast content on programme channels in accordance with the provisions of the Croatian Radiotelevision Act and its Contract with the Government of the Republic of Croatia. Audio and audiovisual content of high value implies all activities that Croatian Radiotelevision procures under exclusive rights. The provisions of the rules do not apply to the archival material of Croatian Radiotelevision.

The ceding of unutilised exclusive rights is carried out based on a public tender and the starting fee shall not be less than 20% of the monetary value of the scope (quantity) of the unutilised exclusive rights that are to be ceded. The starting fee is calculated based on the fee in the contract on the acquisition of exclusive rights for the exploitation of audio and audiovisual content of a higher value and/or premium sports events. The criterion for selecting the most favourable bid is the price of the bid.

Pravila o ustupanju neiskorištenih isključivih prava (The rules on ceding unutilised exclusive rights) Official gazette 47 – 28th April 2015 are available in Croatian language at:

**[http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2015\\_04\\_47\\_932.html](http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2015_04_47_932.html)**

An english translation is available at:

**<http://www.e-mediji.hr/preview/en/news/the-electronic-media-act/>**

*Nives Zvonarić, Agency for electronic media (AEM), Zagreb, Croatia*

## **RO: Legal provisions on the statute of orphan works**

On 27 July 2015, the Romanian President promulgated the Law no. 8/1996 on copyright and related rights (Law for the completion of the Legea nr. 8/1996 privind dreptul de autor și drepturile conexe) with regard to orphan works (see IRIS 2006-8/27, IRIS 2012/38, IRIS 2015-5/30 and IRIS 2015-7/27).

The new Law no. 210/2015 was published in the Official Journal of Romania no. 550 of 24 July 2015. It transposes into the Romanian legislation the Directive 2012/28 EC on certain permitted uses of orphan works. The Law has been adopted under an emergency procedure by the Senate (upper chamber of the Romanian Parliament) on 23 June 2015 and by the Chamber of Deputies (lower chamber) on 30 June 2015.

The orphan work status applies to several categories of works and phonograms protected by copyright or related rights that have been published or broadcast for the first time in an EU Member State. The Law provisions 7 new articles (112<sup>2</sup> - 112<sup>8</sup>) after the article 112<sup>1</sup>, and a new letter h) after the article 123<sup>1</sup> paragraph (1) g) on fair compensation for orphan works, as well as a new letter i) after the article 151<sup>2</sup> h) with regard to the Directive 2012/28 EC of the European Parliament and of the Council of 25 October 2012 on certain permitted uses of orphan works.

Proiect de Lege pentru completarea Legii nr.8/1996 privind dreptul de autor și drepturile conexe - forma pentru promulgare (Draft law no. 8/1996 on the copyright and the related rights – form sent for promulgation) is available in Romanian language at:

**[http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2015/pr512\\_15.pdf](http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2015/pr512_15.pdf)**

Proiect de Lege pentru completarea Legii nr.8/1996 privind dreptul de autor și drepturile conexe – expunerea de motive (Draft law no. 8/1996 on the copyright and the related rights - Explanatory Memorandum) is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/500/10/2/em654.pdf>**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*



## **RO: Modification of the conditions for issuing and amending the retransmission notification**

On 2 July 2015, the National Audiovisual Council, CNA (Consiliul Național al Audiovizualului) adopted the CNA decision no. 350/2015 on the modification and completion of the CNA decision no. 72/2012 with regard to the conditions for issuing and amending the retransmission notification (see IRIS 2014-3/39).

The decision was published in the Official Journal of Romania no. 533 of 17 July 2015. It intends to clarify the procedure for implementing the must-carry system in the case of the retransmission of programme services at regional and local level according to article 82 (2) of the Audiovisual Law. According to the Audiovisual Law distributors retransmitting programme services at regional and local level are required to include in their offer at least two regional programmes and two local programmes where they exist. The selection criterion shall be the descending audience order.

After article 13 of the decision no. 72/2012 a new article 13<sup>1</sup> was introduced: With a view to be included in the regional/local offer, the interested broadcasters have to send a written request for the retransmission under the must-carry principle of the TV service to the programme services distributors, specifying the following data: The name of the TV service requiring retransmission under the must-carry regime; the area covered by the TV service; and the technical modalities to provide simultaneous capture and transmission of digital/analogue, uncoded/unencrypted, and free and unconditional signal. This request can be transmitted to services distributors until no later than 1 February of each year for the current calendar year. Requests submitted after 1 February will not be taken into account. No later than 60 days after 1 February the programme services distributors are obliged to introduce in their regional/local the programme services satisfying the must-carry conditions, and within 30 days – as provisioned in article 5 of the decision no. 72/2012 – the services distributors must report to the CNA the change of the retransmission notification. If in the regional/local offer not at least two regional/local programmes are retransmitted, the retransmission notification file also has to include an affidavit stating that the distributor has included in its regional/local offer all the retransmission requests received by 1 February.

The decision 350/2015 also stipulates that for 2015 the deadline for the submission of applications under the provisions of article 13<sup>1</sup> (2) is 15 days from the date of publication of the decision in Part I of the Official Journal of Romania.

The Decizie CNA nr. 350 din 2 iulie 2015 pentru modificarea și completarea Deciziei Consiliului Național al Audiovizualului nr. 72/2012 privind condițiile de eliberare și modificare a avizului de retransmisie (The CNA Decision no. 350 of 2 July 2015 on the modification and completion of the CNA Decision no. 72/2012 with regard to the conditions for issuing and amending the retransmission notification) is available in Romanian language:

**<http://www.cna.ro/Decizie-CNA-nr-350-din-02-iulie.html>**

The Decizie nr. 72 din 2 februarie 2012 privind condițiile de eliberare și modificare a avizului de retransmisie (The Decision no. 72 of 2 February 2012 with regard to the conditions for issuing and amending the retransmission notification) is available in Romanian language at:

**[http://www.cna.ro/IMG/pdf/Decizie\\_72\\_2012\\_aviz\\_retransmisie\\_MOf.pdf](http://www.cna.ro/IMG/pdf/Decizie_72_2012_aviz_retransmisie_MOf.pdf)**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## **RO: Modification of the Public Audiovisual Services Law**

On 5 June 2015, the Romanian President promulgated the draft Law with regard to the approval of the Government Emergency Decree no. 110/2013 for the completion of the Law no. 41/1994 on the organization and operation of the Romanian Radio Broadcasting Corporation and of the Romanian Television Corporation (Proiect de Lege privind aprobarea Ordonanței de urgență a Guvernului nr. 110/2013 pentru completarea Legii nr. 41/1994 privind organizarea și funcționarea Societății Române de Radiodifuziune și Societății Române de Televiziune). The new Law no. 134/2015 was published in the Official Journal of Romania no. 403 of 9 June 2015 (see IRIS 2003-4/24, IRIS 2003-8/25, IRIS 2013-5/37, IRIS 2014-1/38, and 2014-6/30).

Through the modification of article 46 of the Law no. 41/1994 the Government Emergency Decree was meant to allow the Standing Bureaus of Romania's Parliament chambers (Chamber of Deputies and Senate) to appoint for 60 days an interim Director General of the public broadcasters with limited powers in case that the plenum of the Parliament is not reached.

In May 2014 the Law had been sent back to the Parliament by the former President with a request to be reviewed because in his opinion the Government Emergency Decree no. 110/2013 did not stipulate how many interim mandates could be decided by the Parliament, and the lack of clear provisions could have affected the independence of the public broadcasters. It should be noted that the Chamber of Deputies (lower chamber) had rejected the draft Law sent back by the former President on 11 February 2015 while the Senate had adopted the document on 18 May 2015. The decision of the Senate (upper chamber) was final.

The Ordonanța de urgență a Guvernului nr. 110/2013 pentru completarea Legii nr.41/1994 privind organizarea și funcționarea Societății Române de Radiodifuziune și Societății Române de Televiziune (The Government Emergency Decree no. 110/2013 for the completion of the Law no. 41/1994 on the organization and operation of the Romanian Radio Broadcasting Corporation and of the Romanian Television Corporation) is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2013/600/50/5/oug655.pdf>**

Legea nr.134/2015 privind aprobarea Ordonanței de urgență a Guvernului nr. 110/2013 pentru completarea Legii nr. 41/1994 privind organizarea și funcționarea Societății Române de Radiodifuziune și Societății Române de Televiziune (The Law no. 134/2015 with regard to the approval of the Government Emergency Decree no. 110/2013 for the completion of the Law no. 41/1994 on the organization and operation of the Romanian Radio Broadcasting Corporation and of the Romanian Television Corporation) is available in Romanian language at:

**<http://www.legex.ro/Legea-134-2015-140784.aspx>**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## **RO: Modifications of the Audiovisual Law**

On 21 July 2015, the Romanian President promulgated the Law no. 211/2015 on the modification of the Article 20 of the Audiovisual Law – no. 504/2002 republished – (Legea audiovizualului nr. 504/2002, republicată) with regard to the dismissal of the President of the National Audiovisual Council, CNA (Consiliul Național al Audiovizualului). According to paragraph 4, of the new form of the above mentioned article 20, the rejection by the Parliament of the annual activity report of the National Audiovisual Council means ipso jure the dismissal from office of the President of the Council. In the situation provisioned under paragraph 4 the Parliament will appoint a new President for the remaining term of the former President. The new President will be appointed from the rest of the existing members of the Council, and the ousted former President cannot be re-elected until his mandate expires.

The draft Law had been rejected by the Chamber of Deputies – the lower chamber of the Romanian Parliament (see IRIS 2015-6/32), but was adopted by the Senate (upper chamber), whose decision was final.

On the other hand, the Law no. 181/2015 on the approval of Government's Emergency Decree no. 25/2013 on the modification and completion of the Audiovisual Law no. 504/2002 (Legea nr. 181/2015 privind aprobarea Ordonanței de urgență a Guvernului nr. 25/2013 pentru modificarea și completarea Legii audiovizualului nr. 504/2002) entered into force on 5 July 2015. The Law had been promulgated on 30 June 2015, more than two years after the start of its legal route and after a request in 2013 to the Parliament of the former Romanian President to review the draft Law. The Law 181/2015 changes Article 1 of the Audiovisual Law with regard to the ultimate beneficiaries of television advertising, Article 27 on the isolated advertising and teleshopping rules, and Article 29 on the rules of the TV advertising airtime purchase. Through a modified form of Article 51 (1) the Law 181/2015 also regulates the procedure and conditions for issuing and amending audiovisual licenses which shall be established by decisions of the National Audiovisual Council.

The Propunere legislativă pentru modificarea art. 20 din Legea audiovizualului nr. 504/2002 - forma inițiatorului (Draft Law on the modification of Art. 20 of the Audiovisual Law no. 504/2002 – initiator's form) is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/300/30/0/pl392.pdf>**

The Propunere legislativă pentru modificarea art. 20 din Legea audiovizualului nr. 504/2002 - expunerea de motive (Draft Law on the modification of Art. 20 of the Audiovisual Law no. 504/2002 – Explanatory Memorandum) is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/300/30/0/em392.pdf>**

The Proiect de Lege privind aprobarea Ordonanței de urgență a Guvernului nr. 25/2013 pentru modificarea și completarea Legii audiovizualului nr. 504/2002 – forma inițiatorului (Draft Law on the approval of Government's Emergency Decree no. 25/2013 on the modification and completion of the Audiovisual Law no. 504/2002 – form of the initiator) is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2013/100/10/4/pl114.pdf>**

The Ordonanța de urgență a Guvernului nr. 25/2013 pentru modificarea și completarea Legii audiovizualului nr. 504/2002 (Government's Emergency Decree no. 25/2013 on the modification and completion of the Audiovisual Law no. 504/2002) is available in Romanian language at:

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2013/100/10/4/oug114.pdf>**

The Lege privind aprobarea Ordonanței de urgență a Guvernului nr. 25/2013 pentru modificarea și completarea Legii audiovizualului nr. 504/2002 – forma adoptată de Camera Deputaților (Law on the approval of Government’s Emergency Decree no. 25/2013 on the modification and completion of the Audiovisual Law no. 504/2002 – form adopted by the Chamber of Deputies) is available in Romanian language at:

**[http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2013/cd114\\_13;1.pdf](http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2013/cd114_13;1.pdf)**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## **RS: Privatization of remained publicly owned media**

Between August and October 2015, public auctions are being held for the privatisation of publicly owned media companies. The Agency for Privatization of the Republic of Serbia (Agency) which is responsible for the implementation of the process announced public calls for the privatization of 50 media companies which have fulfilled all legal requirements for a public auction (submitting the fair assessment of their value and other documentation). The public auctions will be held within 30 to 90 days from the day of the public call.

The Law on Public Information and Media which was adopted by the National Parliament of Serbia in August 2014 (see IRIS 2014-9/22) prescribed mandatory privatization of all publicly owned media companies (except Public Media Services). The process is regulated by the Law on Public Information and Media and the Law on Privatization. In 2015 both laws have been amended due to the many difficulties in fulfilling the legal requirements and respecting the deadlines prescribed by the law. There are two methods of privatization of the media: Public auctions and free distribution of shares to the employees. The Law prescribed that the public auction will be held only for media companies for which a public call has been announced by the Agency. The potential investors are submitting their offers within the deadlines prescribed by the public call for every particular media company. The Agency organizes public bidding procedures. The starting price in the public auction is the amount set in the fair assessment of the value of the media company. The most valuable media companies are the newspaper "Dnevnik" from the city of Novi Sad (7,4 million Euro), the national news agency "TANJUG" (761.000 Euro), the Radio and Television broadcaster "Studio B" (529.000 Euro) from the city of Belgrade, and the Radio and Television broadcaster "Šabac" from the city of Šabac.

The winner of a public auction is the entity which offers the best price (at least equal to the starting price). In the case that none of the bidders offers the starting price, the public auction can be repeated with half of the amount of the initial price. The winner of the public auction becomes the new owner of the media company. It has to conclude an agreement with the Agency: The new owner is obliged to preserve media activity for at least 5 years from the day of the signing of the agreement. If the public auction fails, the privatization continues by the free distribution of shares to the employees, if they fulfil the eligibility criteria from the bylaw regulating the free share distribution and if they accept the shares. If employees are not able to take over the shares, the privatization process ends, and the media company ceases to exist. For 23 media companies a public call hasn't been announced, and therefore, their only privatization method is the free distribution of shares. If it fails, these media companies also cease to exist.

Only the deadline for the privatization of the national daily newspaper "Politika" is until 31 December 2015 and therefore longer than for all other media companies, because it was determined as an "entity of strategic importance". The privatization of the national daily newspaper "Večernje novosti" a couple of years ago was controversial and it is even on the European Commission list of suspicious privatizations. Therefore, it should be re-examined by the official authorities.

The Law on Public information and Media is available in English language at:

**<http://kultura.gov.rs/lat/dokumenti/propisi-iz-oblasti-medija/strana/3>**

The information about the privatization of the media is available in English language at:

**<http://www.priv.rs/cms/view.php?id=2>**

*Slobodan Kremenjak, Partner at Živković Samardžić Law Office Belgrade*

## Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

**Redaktion:**  
**Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)**  
**Franz-Mai-Str. 6**  
**D-66121 Saarbrücken**

**Telefon+49 681 99275 11**  
**Fax +49 681 99275 12**  
**Mail [emr@emr-sb.de](mailto:emr@emr-sb.de)**  
**Web [www.emr-sb.de](http://www.emr-sb.de)**

**Verantwortlich: Gianna Iacino, wissenschaftliche Mitarbeiterin**  
**Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. August 2015**

**Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.**

**Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.**

**Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.**

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

<b>AL: Albanien</b>	<b>AT: Österreich</b>	<b>AU: Australien</b>
<b>BA: Bosnien-Herzegowina</b>	<b>BE: Belgien</b>	<b>BG: Bulgarien</b>
<b>CA: Kanada</b>	<b>CH: Schweiz</b>	<b>CoE: Europarat</b>
<b>CY: Zypern</b>	<b>CZ: Tschechische Republik</b>	<b>DE: Deutschland</b>
<b>DK: Dänemark</b>	<b>EE: Estland</b>	<b>ES: Spanien</b>
<b>EU: Europäische Union</b>	<b>FI: Finnland</b>	<b>FR: Frankreich</b>
<b>GR: Griechenland</b>	<b>HR: Kroatien</b>	<b>HU: Ungarn</b>
<b>IE: Irland</b>	<b>IN: Indien</b>	<b>IS: Island</b>
<b>IT: Italien</b>	<b>LI: Liechtenstein</b>	<b>MA: Marokko</b>
<b>MD: Moldawien</b>	<b>ME: Montenegro</b>	<b>MK: Mazedonien</b>
<b>MT: Malta</b>	<b>NL: Niederlande</b>	<b>NO: Norwegen</b>
<b>LT: Litauen</b>	<b>LU: Luxemburg</b>	<b>LV: Lettland</b>
<b>PL: Polen</b>	<b>PT: Portugal</b>	<b>RO: Rumänien</b>
<b>RS: Serbien</b>	<b>RU: Russland</b>	<b>SE: Schweden</b>
<b>SI: Slowenien</b>	<b>SK: Slowakische Republik</b>	<b>TR: Türkei</b>
<b>UK: Vereinigtes Königreich</b>	<b>UN: Vereinte Nationen</b>	<b>US: Vereinigte Staaten</b>
<b>UZ: Usbekistan</b>		